



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration

2. Den Fraktionen

3. Dem Magistrat

4. Nachrichtlich

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 18.08.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 23. August 2011, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

2. **11-F-05-0002**

Bericht der "AG Jaguar" über integrationsspezifische Aspekte bei Straftaten durch Jugendliche -
Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 31.05.2011 -

HIER: Diskussionsrunde mit Vertreter/innen der Polizei, des Gerichts und des
Bezirkssozialdienstes -

ANLAGE

3. **11-F-33-0013**

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.06.2011 -

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 -

ANLAGE

4. 11-F-07-0009

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 und gem. Änderungsantrag dazu von CDU und SPD -

ANLAGE

5. 11-F-05-0003

Prävention von Jugendgewalt

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.05.2011 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 und gem. Änderungsantrag von CDU und SPD und Änderungsantrag von Linke&Piraten -

ANLAGE

NEUE ANTRÄGE

6. 11-F-33-0014

Verwaltungslotsen

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.08.2011 -

Eine Studie der Arbeitsgruppe ‚Amicus‘ der Hochschule RheinMain zu der Lebenssituation von älteren Migrantinnen und Migranten im Westend und in Biebrich hat u.a. sichtbar gemacht, dass bei anstehenden Behördengängen über die Zielsetzungen und insbesondere über das Procedere solcher Vorhaben (einschlägige Rechtsgrundlagen, erforderliche Antragsformulare, zuständige Anlaufstelle in der Verwaltung etc. etc.) häufig völlige Unklarheiten und Ratlosigkeiten bestehen. **Nach allgemeiner Erfahrung beschränkt sich diese Unsicherheit im Umgang mit behördlichen Stellen keineswegs auf (ältere) Menschen mit Migrationshintergrund.** Es handelt sich vielmehr um ein allgemeines Problem. Ängste, Sprachschranken und Unsicherheiten im Umgang mit Amtsstellen sind weit verbreitet. Eine Lösung dieses Problems liegt in der Einrichtung eines ehrenamtlich organisierten Beratungsdienstes, welcher mittels seines niedrigschwelligen Angebotes Zugangs- und Berührungängsten zuvor kommt. Die Verwaltungslotsen sollen u.a. aus dem Kreis engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie aus engagierten ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes im Ruhestand rekrutieren werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. einen regelmäßigen Beratungsdienst für potentielle Behördenbesucherinnen und -besucher einzurichten,
 - b. der von ehrenamtlichen Beraterinnen und Beratern besetzt wird
 - c. die Beratung dezentral zu organisieren und

- d. dafür zu sorgen, dass dieser gebührenfreie bzw. kostenlose Beratungsdienst von ‚Verwaltungslotsen‘ nach seiner Einrichtung in geeigneter Weise der Wiesbadener Bevölkerung bekannt gemacht wird.

2. Dabei ist eine Kooperation mit dem Projekt 'Bürgerkolleg' anzustreben.

7. 11-F-03-0040

Aufmarsch der JN in Wiesbaden am 28. Mai 2011

- Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2011 -

Am 28. Mai 2011 fand in der Nähe des Hauptbahnhofs eine „Mahnwache“ von 26 Personen, die größten Teil der JN angehören, zum Thema Jugendkriminalität statt. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat nichts unternommen, um den Auftritt dieser rassistischen und antisemitischen Gruppierung zu unterbinden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob er dieses Vorgehen für vereinbar hält mit der am 25.9.2008 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Resolution gegen Rechtsextremismus und Rassismus, in der u.a. beschlossen wurde „keinerlei Toleranz zu üben gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten“ (aus dem Beschluss 0497 vom 25.9.2008).

8. 11-F-08-0028

Derzeitige Flüchtlingssituation in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.08.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich aktuell die Flüchtlingssituation für die Landeshauptstadt Wiesbaden darstellt, insbesondere was die Anzahl der neu zugewiesenen Flüchtlinge und die Unterbringungssituation betrifft.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Wie viele Flüchtlinge und andere Personen mit fremder Staatsangehörigkeit leben zur Zeit geduldet (Differenzierung nach Duldung / Gestattung) in Wiesbaden?
2. Wie viele dieser Personen sind minderjährig?
3. Wie viele dieser Personen leben bereits seit mehr als 2 Jahren in Wiesbaden bzw. der Bundesrepublik Deutschland?
4. Wie viele davon seit mehr als 5 Jahren?
5. Wie viele davon seit mehr als 10 Jahren?

6. Wie viele Personen sind dezentral (in Wohnungen) untergebracht, wie viele in einer Sammelunterkunft?
7. Wie stellt sich die Raumsituation in den Sammelunterkünften dar? Wie viele Personen müssen mit wie vielen anderen Flüchtlingen, die in keinem Verwandtschaftsverhältnis zueinander stehen, ein Zimmer teilen? Wie groß sind die Zimmer?
8. Wie viele Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (gem. § 25 V AufenthG) wurden in den Jahren 2008 bis 2011 jeweils bisher in Wiesbaden gestellt?
9. Über wie viele dieser Anträge wurde bisher positiv bzw. negativ entschieden?
10. Worin liegen die Ablehnungsgründe?

(Es wird auch um schriftliche Antwort gebeten)

9. 11-F-08-0029

Abgeordnetenwatch
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 17.08.2011-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge Kontakt zu Abgeordnetenwatch aufnehmen mit dem Ziel, Wiesbaden auf kommunaler Ebene die Teilnahme zu ermöglichen.

Begründung:

Abgeordnetenwatch erhöht die Transparenz. Es fördert den Dialog zwischen Mandatsträger_innen und Bürger_innen. Wiesbaden sollte mit gutem Beispiel vorangehen und das Projekt unterstützen.

10. 11-F-03-0053

Fluglärm
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Das Thema Fluglärm durchdringt die Stadt und ihre Bevölkerung. Teile der Stadtbewohnerinnen und -bewohner leiden unter den aktuellen Lärmpegeln, andere, die nicht betroffen sind, solidarisieren sich mit den Mitmenschen in verlärmten Wohngebieten. Um diese nicht hinnehmbare Lage zu verbessern, muss die Stadt mit ihren Bürgern geschlossen für eine Einschränkung der Lärmbelastung eintreten. Es existieren bereits Unterschriftenlisten gegen die neuen Flugrouten und die damit zusammenhängende Verlärmung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadt Wiesbaden unterstützt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger und ermöglicht einen breiteren Widerstand gegen undemokratische Planungsentscheidungen, indem in allen städtischen Behörden und im Bürgerbüro Unterschriftenlisten mit einem Hinweis zur Fluglärmsituation in Wiesbaden ausgelegt werden.

Anmerkung: Eine Musterunterschriftenliste liegt dem Antrag bei.

ANLAGE

11. 11-F-03-0051

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Die Stadtverwaltung ist als Arbeitgeberin an die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Chancengleichheit gebunden. Langfristig muss dies dazu führen, dass die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft die Zusammensetzung der Einwohnerschaft in der Stadt Wiesbaden widerspiegelt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich das Ziel, den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund – in allen Fachfunktionen und in höher qualifizierten Positionen – weiter zu erhöhen.

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten, welche Maßnahmen er bereits ergriffen hat, um mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund für die verschiedenen Ausbildungsberufe - insbesondere in der Verwaltung und damit auch für die spätere Arbeit in der Stadtverwaltung – zu gewinnen.
2. weitere Konzepte zu entwickeln und Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise:
 - In Stellenausschreibungen potenzielle Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund gezielt zu ermutigen, sich zu bewerben.
 - Die Anforderungsprofile bei der Personalauswahl um interkulturelle Kompetenz als eine Schlüsselqualifikation zu erweitern.
 - Eignungstests für den Zugang zu den Ausbildungsberufen im Kompetenzprofil zu überprüfen und gegebenenfalls modifizieren, um nicht von vornherein bestimmte Gruppierungen aufgrund von interkulturellem Hintergrund auszuschließen. Insbesondere sollen Frauen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.
 - Die Ausbildungsträger und die Stadtverwaltung sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so ausbilden, dass sie für die Fragen der interkulturellen Öffnung aufgeschlossen sind und interkulturelle Kompetenz erwerben.

12. 11-F-03-0049

Moscheebau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

Im Integrationskonzept der Stadt Wiesbaden ist als Ziel für die Jahre 2010-2014 festgelegt die Planung und Sicherung von Standorten für Moscheen zu unterstützen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- Von welchen muslimischen Gemeinden sind Bauvorhaben bekannt und wie weit sind diese Pläne vorangeschritten?
- Sind dafür vorgesehene Standorte bekannt?

- Gibt es bereits konkretere Unterlagen, wie bspw. Bauentwürfe?
- Wie hat die Verwaltung der Stadt Teil an der Planung von Standorten?

WAHLEN

13. 11-F-33-0012

Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod - Umbenennung
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011 - /
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.06.2011 -
HIER: Besetzung des Sonderausschusses

ANLAGE

13.1 11-F-33-0006 (s. dazu Punkt 13)

Namen von öffentlichen Einrichtungen
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2011 -

ANLAGE

14. 06-V-33-0020

DL 39/06-4

Wiesbadener Integrationspreis HIER: Besetzung der Jury

ANLAGE

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

15. 11-V-07-0006

DL 16/11-1

Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände

16. 11-V-07-0009

DL 18/11-1

Umsetzung des Sicherheitskonzeptes Kulturpark

17. 11-V-07-0010

DL 17/11-1

Parkordnung Kulturpark, Testphase

18. 11-V-51-0041 DL 19/11-6
Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände; sozialpädagogische Beiträge
19. 11-V-33-0003 DL 16/11-7
Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
20. 11-V-30-0003 DL 16/11-6
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)
21. 11-V-30-0004 DL 17/11-3
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)
22. 11-V-30-0005 DL 17/11-4
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Medenbach
23. 11-V-30-0006 DL 17/11-5
Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

ANTRÄGE / SITZUNGSVORLAGEN MIT VORLAUF

24. 11-F-02-0003
Virtuelle Ehrenamtsbörse
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2011 -
ANLAGE
25. 11-F-03-0029
Wiesbaden wird Fairtrade Town, Steuerungsgruppe

- Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen -

ANLAGE

26. 08-V-33-0007

DL 01/09-5

Projekt MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden
HIER: mdl. Sachstandsbericht der Dezernentin

27. Bericht der Dezernentin

28. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender